

Newsletter 07/2022

# Kriegsgewinne und Armut: Bühne frei für die Debatte

+++Lindner bleibt sich beim Haushaltsentwurf 2023 treu+++Neue Erbschaftssteuerstatistik zeigt: Steuer für Riesenvermögen nur 2,2%+++Übergewinnsteuer abgelehnt, Mindeststeuer steckt fest+++Erste CBCR-Daten für Deutschland öffentlich+++Entlastungspakete wirken nur begrenzt+++G7-Ergebnis reicht nicht+++Kleiner Erfolg der Oligarchenjäger, große Zweifel an der Jagd+++

Newsletter – Juli 2022

Die Bühne ist bereitet. Inflation und Armut treffen auf Kriegsgewinne und Schuldenbremse. Der Haushaltsentwurf für 2023 verzichtet kategorisch auf Steuererhöhungen – auf die populäre Übergewinnsteuer genauso wie die Streichung von Steuerprivilegien für Superreiche. Dafür wird gespart: pauschal mit der Rasenmähermethode und ganz gezielt bei Projekten wie der Erforschung von Klimawandelfolgen oder dem Zuschuss für die Krankenkassen. Folge davon: steigende Beiträge für sehr viele Menschen. Viel Stoff für eine weitere sehr gelungene Folge von "Die Anstalt". Unsere Lieblingszitate aus der Sendung führen dieses Mal durch den Newsletter – wie gewohnt mit aktuellen Informationen und Hintergründen für gerechtere Auswege.

Christoph, David, Julia und Yannick



Die Anstalt, Minute 6:20

**“Von mir auch nicht. Ich meine wir sind ja wohl gegen Steuererhöhung.”**

Der typische Kleinsparer hat gelernt: Steuern sind schlecht. So werden Steuerprivilegien für Wenige, wie die Erbschaftssteuerausnahmen für Millionenvermögen zur Politik der demokratischen Mehrheit. Die Übergewinnsteuer finden fast alle gut.

## Lindner bleibt sich treu: Keine Mehrbelastung für hohe Einkommen, dafür für alle anderen?!

Mit dem am 1. Juli vorgestellten [Haushaltsskizze für 2023](#) zeigt Bundesfinanzminister Lindner, wie er gedenkt, die Abneigung gegen Steuererhöhung und die Schuldenbremse in Einklang zu bringen. Die 73 Millionen gesetzlich Krankenversicherten müssen sich demnach ab 2023 auf höhere Beiträge einstellen. Mit einer Beitragserhöhung um voraussichtlich 0,3 Punkte sollen Mehreinnahmen von knapp fünf Milliarden Euro erzielt werden, um sinkende Zuweisungen aus dem Bundeshaushalt auszugleichen. Der Clou dabei: Die Kappung der Beiträge sorgt dafür, dass Einkommen über 58.050 Euro brutto pro Jahr nicht von der Erhöhung betroffen sind (wenn sie sich nicht sowieso aus der gesetzlichen Versicherung verabschiedet haben). In einem Bild von Stefan Bach gesprochen: Der Wal wird dicker, das Steuer- und Abgabensystem ungerechter. (Zur Erklärung: Stefan Bachs [Wal in der Wanne](#) verteilt die Gesamtbelastung durch Steuern und Abgaben auf die Bevölkerung. Die Badewanne zeigt dabei die Summe direkter und indirekter Steuern. Der Wal veranschaulicht die Sozialbeiträge.)

### Weitere Nachrichten:

- **Die neue [Erbsteuerstatistik](#) für 2021 ist erschienen.** Abermals wird deutlich: Die Erbschaftssteuerreform 2016 hat den Auftrag des Bundesverfassungsgerichts nicht erfüllt, die weitreichenden Steuerprivilegien für Firmenerben einzudämmen. Der durchschnittliche Steuersatz auf Schenkungen von über 20 Millionen liegt bei 2,2 Prozent und damit deutlich niedriger als im Vorjahr. Kleinere Schenkungen wurden mehr als doppelt so hoch besteuert. Insgesamt wurden in 2021 Erbschaften und Schenkungen von knapp 118 Milliarden Euro veranlagt. Elf Milliarden Steuern wurden darauf eingenommen. Der durchschnittliche Steuersatz liegt damit bei knapp 9,4 Prozent. Im vergangenen Jahr waren es noch 10,1 Prozent. Wären etwa die Super-Schenkungen mit einem moderaten effektiven Steuersatz von 15 Prozent belegt worden, hätte das zu Steuermehreinnahmen von über 3 Milliarden Euro geführt.
- **Deutschland ist eher Erbgemeinschaft als zwar als Leistungsgemeinschaft.** Das erklärt Martyna Berenika Linartas in [ihrem Blog](#) für Finanzwende Recherche.

## Unternehmenssteuern

### Übergewinnsteuer abgelehnt, Mindeststeuer steckt fest

Anfang Juli wurde die Übergewinnsteuer im Bundesrat erneut beerdigt, obwohl sich die große Mehrheit der Bevölkerung allem Anschein nach etwas anderes wünscht. Auch eine spannende Debatte u. a. mit Rolf Möhlenbrock, dem zuständigen Abteilungsleiter im BMF, in der [Landesvertretung Bremen](#) kurz

vor der Entscheidung im Bundesrat nichts geändert. Deutlich zu erkennen: Im Ministerium gibt es scheinbar wenig Begeisterung für die Suche nach Wegen, irgendwie an die Kriegsgewinne der Mineralölkonglomerate heranzukommen.

Auch die OECD-Unternehmenssteuerreform kommt kaum voran, obwohl laut [OECD-Fortschrittsbericht für die G20](#) noch alles im Lot ist. Das Gegenteil scheint der Fall: In den USA ist Joe Biden [endgültig mit seinem Reformpaket gescheitert](#), an das auch die Umsetzung der OECD-Reform geknüpft war. Auf EU-Ebene blockiert nach Ungarn jetzt Polen. Daran änderten auch die französische Ratspräsidentschaft und ihr [Appell zur Beendigung der Einstimmigkeit](#) nichts. Dafür erhielt der ungarische Botschafter in den USA jetzt sogar [einen Liebesbrief von den Republikanern im US-Kongress](#) für die Ablehnung der Mindeststeuer.

Ein mögliches Zukunftsszenario: Nach der Sommerpause kommt die EU-Mindeststeuer als verstärkte Zusammenarbeit oder unilaterale Maßnahme zurück; die Schweiz, Australien und eine Reihe weiterer Länder führen sie ein. Die Reform geht ihren Gang. Dafür scheitert Säule 1, die für eine etwas gerechtere Verteilung der Steuern sorgen sollte. Deswegen unsere Frage an Herrn Möhlenbrock: warum nicht jetzt mit einer unilateralen Mineralölkonglomeratsteuer nach dem Vorbild der Digitalsteuer für zusätzlichen Druck sorgen?

#### Weitere Nachrichten:

- **Erste CBCR-Daten für Deutschland: Der Weg war lang. Das Ergebnis noch dünn.** 387 große deutsche Konzerne haben 2019 zum ersten Mal Geschäftszahlen für 2018 nach Ländern aufgeschlüsselt an die Steuerbehörden übermittelt (sogenanntes CBCR). Drei Jahre später hat das [Statistische Bundesamt endlich aggregierte Zahlen veröffentlicht](#). Für Gewinne von knapp 360 Milliarden Euro ergibt sich eine Steuerquote von 13,5 Prozent. Besonders hohe Gewinne und niedrige Steuern gab es bei den üblichen Verdächtigen: Niederlande, Schweiz, Luxemburg, Irland, Österreich. Bemerkenswert sind auch die staatenlosen Gesellschaften mit 7 Milliarden Euro Gewinn und 1,4 Prozent Steuern. Ohne detaillierte Angaben zu den einzelnen Unternehmen und der jeweils verwendeten Methodik bleiben die Zahlen aber kaum interpretierbar.
- **Neue Bemühungen gegen Gewerbesteuer-Oasen:** Der [Koalitionsvertrag für NRW](#) kündigt ein härteres Vorgehen gegen die innerdeutschen Oasen an und auch [Berlin](#) will mit Brandenburg einen Weg gegen die Oasen vor den Stadttoren finden. Im Fokus dabei: eine Annäherung der Steuersätze und ein besseres Vorgehen gegen vorgetäuschte Ansässigkeit.
- Sebastian Gechert und Philipp Heimberger zeigen in einer [Metastudie](#), dass die wissenschaftliche Evidenz das oft gebrauchte Narrativ, Unternehmenssteuersenkungen führten zu Wirtschaftswachstum, nicht unterstützt. Untersuchungen dieses Sachverhalts würden den Autoren nach schlicht

häufiger veröffentlicht, wenn sie eine solche Korrelation darzustellen scheinen.



Die Anstalt, Minute 1:25

**"Die entscheidenden Frage ist doch, wie soll bei diesen Kerosinpreisen die Krankenschwester überhaupt noch zur Arbeit kommen."**

#reichtumsbetroffen

## Deutsches Steuersystem

### Entlastungspakete wirken nur begrenzt

Mit weiterhin hohen Preisen wachsen die [Rufe](#) nach einem dritten Entlastungspaket. Passend dazu zeigt eine aktuelle Studie des [DIW Econ](#) und des [DIW](#) Berlin, dass die letzten zwei Entlastungspakete untere Einkommensbezieher relativ gesehen zwar stärker entlasten, aber deren höhere Belastung durch die Inflation nicht kompensieren. Die zehn Prozent der Haushalte mit den niedrigsten Einkommen müssen demnach für den gleichen Konsum 5,3 Prozent mehr ausgeben als im Vorjahr. Bei den reichsten zehn Prozent sind es lediglich 1,1 Prozent. Die Entlastungspakete verringern die Mehrbelastung für die ärmsten Haushalte auf 1,6 Prozent und für die reichsten auf 0,4 Prozent – für die einen weitere Einschnitte beim essentiellen Grundbedarf, für die anderen nur ein psychologischer Effekt. Um einkommensschwache Haushalte noch zielgenauer zu unterstützen, schlagen die Autoren vor, die Grundsicherung vorzeitig anzupassen und die Energiepreispause vor allem für die Haushalte mit niedrigem Einkommen zu erhöhen.

### Weitere Nachrichten:

- Der [Bund der Steuerzahler](#) hat in diesem Jahr den **Steuerzahlergedenktag** am 13. Juli ausgerufen. Seit dem 195. Tag des Jahres dürfen die Steuerzahler\*innen demnach für das eigene Portemonnaie arbeiten. Der Lobbyverband versteht diesen Tag als Auftrag an die Politik, die Steuerbelastung zu senken und als Mittel Unmut bei Steuerzahler\*innen zu schüren. Doch der Tag bleibt wie in jedem Jahr vor allem eins: ein [Mythos](#). Die zahlreichen Rechenfehler sind [längst bekannt](#), dennoch verkünden auch in diesem Jahr wieder [einige Medien](#), den

Steuerzahlergedenktage unkritisch wie einen kirchlichen Feiertag.

- 2,5 Millionen Menschen zahlen 2022 den **Rest-Soli**. Die meisten davon aufgrund von Haupteinkünften aus nichtselbständiger Arbeit (1,9 Millionen), so die [Bundesregierung](#). Durch den Zuschlag nahm der Bund in 2020 18,6 Milliarden Euro und im Jahr 2021 elf Milliarden Euro ein. Da steuerstatistische Daten zur Lohn- und Einkommensteuer aktuell nur bis zum Veranlagungszeitraum 2017 vorliegen, mussten die Werte auf Grundlage der Statistik von 2017 geschätzt werden. Dabei nicht berücksichtigt: Personen, die als Nebeneinkünfte Kapitalerträge erzielen. Diese zahlen den Zuschlag zwar auch, doch in diesem Fall wird er direkt von den Banken „an der Quelle“ abgeführt und deshalb nicht den Steuerpflichtigen zugeordnet.
- Der [Bundesrat stimmt der Gesetzesänderung](#) für einen **neuen Nachzahlungs- und Erstattungszinssatz** zu. Rückwirkend ab 2019 wird dieser statt bisher 0,5 Prozent pro Monat nun 0,15 Prozent pro Monat betragen, beziehungsweise 1,8 Prozent im Jahr. Damit kommt der Gesetzgeber einer Forderung des Bundesverfassungsgerichts nach. Die Angemessenheit des Satzes soll alle zwei Jahre evaluiert werden. In diesem Jahr werden durch den neuen Zinssatz [Mindereinnahmen](#) von 2,46 Milliarden Euro, und im kommenden Jahr von 530 Millionen Euro erwartet.



“Die Anstalt”, Minute 37:20

**“Kurz hatte ich ja befürchtet, ihr würdet alle zusammenhalten. Würdet pandemiebedingte Wirtschaftseinbrüche als internationale Solidargemeinschaft auffangen ... aber das war dumm von mir.”**

Die Armut und die globale Perspektive...

## Steuern und Entwicklung

### Zivilgesellschaft fordert größere Reformen von G7

Am letzten Juni-Wochenende fand in Elmau der G7-Gipfel statt. Die Erwartungen an finanz- und steuerpolitische Reformen waren hoch – schließlich droht, dass einige Länder des Globalen Südens zwischen den Folgen der Coronakrise und dem Krieg in der Ukraine wirtschaftlich abgehängt werden.

Die Realität des Gipfels war jedoch geprägt von [geopolitischen Erwägungen](#) im Umgang mit Russland und China.

Bereits im Mai hatten wir als Teil der zivilgesellschaftlichen „Civil7“ mehr [Einsatz für globale Steuergerechtigkeit gefordert](#). Insbesondere eine UN-Steuerkonvention, eine grundlegende Reform des globalen Unternehmenssteuersystems und umfangreiche Transparenz von Vermögenseigentum. Die [Abschlussklärung der G7](#) betont jetzt immerhin die Bedeutung von Transparenzregister & Co. für die nationale Sicherheit und die Demokratie. Globale Steuergerechtigkeit spielt dagegen nur eine untergeordnete Rolle: die G7 bekennen sich lediglich zur Umsetzung der OECD-Unternehmenssteuerreform, welche die [Interessen einiger Länder des Globalen Südens außen vor lässt](#). Deutlich visionärer und mutiger wäre ein Bekenntnis zu einer stärkeren Rolle der UN in der globalen Steuer-Governance gewesen – um die Grundlage für zukünftige Verhandlungen internationaler Steuerreformen auf Augenhöhe zu schaffen.

Einige Besucher\*innen des [G7-Alternativgipfels](#), der unter dem Motto “Global gerecht wirtschaften in Krisenzeiten” stattfand, sowie Teilnehmende an der in München stattfindenden [Großdemonstration](#) hatten das bereits verstanden. Das Ergebnis des G7-Gipfels verdeutlicht, dass Engagement und Aktivität der Zivilgesellschaft notwendiger sind denn je, in Zeiten, in denen entwicklungspolitische Reformen von Geopolitik verdrängt zu werden drohen.

#### Weitere Nachrichten:

- **Afrikanische Minister fordern eine UN-Steuerkonvention.** Laut Tax Justice Network haben sich die afrikanischen Länder im aktuellen Financial Secrecy Index verbessert, während allein fünf G7-Länder – die USA, das Vereinigte Königreich, Japan, Deutschland und Italien – dafür verantwortlich sind, dass die weltweiten Fortschritte bei der Bekämpfung der Schattenfinanz um mehr als die Hälfte zurückgegangen sind. Afrika verliert jährlich etwa 90 Milliarden US-Dollar durch illegale Finanzströme. Vor diesem Hintergrund haben die afrikanischen Minister für Finanzen, Planung und wirtschaftliche Entwicklung eine Resolution verabschiedet, in der sie [die Vereinten Nationen auffordern, Verhandlungen über ein internationales Übereinkommen zu Steuerfragen aufzunehmen](#).
- Die Arbeitsgruppe „Steuern und Gender“ der Global Alliance for Tax Justice (GATJ) hat gemeinsam mit ActionAid International, Akina Mama wa Afrika und Womankind Worldwide einen **Leitfaden zum Thema „[Framing Feminist Taxation – Issues and tools for analysis and capacity building](#)“**, der auf einer Fallstudie von Uganda basiert, veröffentlicht. Der neue Band des Leitfadens enthält Instrumente zur Bewertung geschlechtsspezifischer Ungerechtigkeiten in Steuersystemen und Best Practices im Engagement für ein geschlechtergerechtes Steuersystem.





Die Anstalt, Minute 4:30

### **“Das einzige, woran [bei Lindners Hochzeit] gespart wurde, ist Kirchensteuer.”**

Bei einer Hochzeit in der Kirche und der Aussage, dass ihm der kirchliche Segen wichtig war, könnte man sogar von Steuerhinterziehung sprechen – aber wohl von einer Sorte, für die sein Finanzministerium nicht zuständig ist.

## Steuerverwaltung und Cum-Ex

### **Erste Cum-Ex-Anklage gegen ehemaligen Bankvorstand**

Bankvorstände und -miteigentümer können sich ihrer Sache endgültig nicht mehr sicher sein. Die Staatsanwaltschaft Köln hat sich bezüglich der Cum-Ex-Geschäfte der Warburg-Bank von Tradern über einen Generalbevollmächtigten nun zum Miteigentümer und ehemaligen Aufsichtsratsvorsitzenden Christian Olearius vorgearbeitet. [Die Anklage ging beim LG Bonn ein](#), welches die bisherigen Angeklagten im Warburg-Komplex noch alle verurteilt hat (teilweise noch nicht rechtskräftig). Die Chancen von Olearius werden dementsprechend als schlecht eingeschätzt. Marc Widmann beschreibt in der [Zeit](#) (Paywall) den Weg des Bankiers in seine nun verfahrenen Lage unter dem treffenden Titel: “Zielstrebig ins Debakel”. Einen weiteren flüchtigen Bankvorstand haben Zielfahnder des BKA jetzt [in Malta aufgespürt](#) und festnehmen lassen.

Zudem zeigt sich erneut, dass in der Finanzbranche nicht nur die privaten Institute kräftig zugelangt haben. Landesbanken wie die WestLB und die HSH Nordbank gehörten teilweise zu den “big players” in Sachen Cum-Ex. Und nun wurde die laut [Selbstbeschreibung](#) dem Prinzip der Gemeinwohlorientierung verpflichtete DekaBank, das Wertpapierhaus der Sparkassen und Gesellschaft öffentlichen Rechts, von der [Staatsanwaltschaft Köln durchsucht](#). 2016 war die DekaBank in einem der ersten [Cum-Ex-Verfahren vor dem Finanzgericht Hessen](#) gescheitert.

#### **Weitere Nachrichten:**

- **Propublica fasst ihre langen und intensiven Recherchen zu den Steuertricks der Superreichen in den USA zusammen** – mit den [zehn beliebtesten Vermeidungsmethoden für Milliardäre](#). Die Publikation hatte zahlreiche Steuerdaten erhalten und diese seit Juni 2021 im Rahmen eines langfristigen Projekts ausgewertet.
- **Im Hamburger Cum-Ex-Untersuchungsausschuss wird die [Erweiterung des Untersuchungsauftrags auf die Cum-Ex-Geschäfte der ehemaligen HSH-Nordbank](#)**

**debattiert.** Der Verdacht besteht, dass die HSH stärker involviert war als bisher bekannt – eventuell mit noch größerem Volumen als die momentan noch alleine im Fokus stehende Warburg-Bank.

- **Parlamentarische Anfragen in [Berlin](#) und [Hamburg](#) zeigen die schlechte und sich teilweise weiter verschlechternde Personallage in wichtigen Bereichen der Finanzverwaltung wie der Steuerfahndung.** In Berlin sind im Finanzamt für Fahndung und Strafsachen etwa 20 Prozent der Planstellen unbesetzt, die Ausbildung neuer Kräfte kommt nur langsam voran. Hinzu kommen (auch) durch die Coronakrise historische Tiefstände bei vielen Prüfquoten – ein Fest für Steuerbetrüger.

## Schattenfinanz und Geldwäsche

### Kleiner Erfolg der Oligarchenjäger, große Zweifel an der Jagd

Ende Juni herrschte bei den Oligarchenjägern große Freude über einen, nüchtern betrachtet, kleinen Erfolg. Die bayerischen Steuerbehörden hatten einen Immobilieneigentümer gemeldet, der auf der Sanktionsliste steht. Die Staatsanwaltschaft beschlagnahmte daraufhin drei Mietwohnungen in München und das Bankkonto, auf dem die monatlich 3.500 Euro Miete landen. So weit, so gut, aber es bleiben Fragen: Warum dauerte es fast drei Monate bis der anscheinend mit eigenem Namen im Grundbuch eingetragene Eigentümer auffiel? Noch immer führen die Grundbücher offensichtlich keinen Datenabgleich durch und auch die Steuerbehörden scheinen das nicht überall zu tun. Und ist der Verstoß gegen Sanktionen schon strafrechtliche Grundlage für die Beschlagnahmung? Die für spektakuläre Wirtschaftsverfahren bekannten Staatsanwälte aus München und andere Rechtsexperten meinen jetzt das ging auch schon nach altem Recht. Und schließlich: War das Konto schon vorher eingefroren oder blieb es bis jetzt unbemerkt? Die Staatsanwaltschaft schweigt dazu.

Anfang Juli vermeldete der Bundesfinanzminister dann eingefrorene Vermögenswerte von etwa 4,5 Milliarden Euro. Zu den zwei Yachten sind noch ein paar große Bankkonten und Unternehmensanteile dazugekommen. Tausende Briefkastengesellschaften verstecken ihr (Immobilien-)Vermögen weiter relativ ungestört. Laut Tagesschau fehlt fast fünf Jahre nach dessen Einrichtung im Transparenzregister immer noch fast die Hälfte der Unternehmen. Von einer systematischen Suche nach ihren Eigentümern ganz zu schweigen. Ein aktueller Bericht der Süddeutschen Zeitung listet weitere Umgehungsmöglichkeiten wie Treuhandkonten von Anwälten, auf denen sanktioniertes Vermögen laut Ermittlern vermischt und unkenntlich gemacht wird, oder bankinterne Transfersysteme an SWIFT vorbei.

Das zweite Sanktionsdurchsetzungsgesetz soll dem demnächst eine schlagkräftige Finanzpolizei entgegensetzen. Die Anmerkung des finanzpolitischen Sprechers der FDP-Bundestagsfraktion zum Tagesschau-Artikel lässt aber auch hier Zweifel aufkommen: Er will das Gesetz auf sanktionierte Personen begrenzen und eine "Schnüffeldatenbank, die sämtliche Vermögenswerte und deren Besitzer unter Generalverdacht stellt", vermeiden.



Wie man dem Briefkasten ansehen soll, ob er zu einem russischen oder deutschen Oligarchen führt, bleibt bis jetzt sein Geheimnis.

### HörensWert:

- Tax Advisor Podcast: Tax Inspectors Without Borders – was kann Steuerverwaltung für Entwicklungsländer bringen? <https://open.spotify.com/episode/1qXjdT05uooEn0M2UbPtmx>
- The TaxCast June 2022: Amazon's tax challenge: <https://www.thetaxcast.com/>

### Veranstaltungen:

- 28-29.09.2022: Global Forum on Illicit Financial Flows and Sustainable Development (Details in Arbeit)
- 14.-15.11.2022: Steuerpolitische Tagung in Berlin. Ver.di/Hans Böckler Stiftung (Details nach der Sommerpause)

Wir haben noch viel vor – unterstütze uns dabei!

### Hat Dir der Newsletter gefallen? Teile ihn!



### Netzwerk Steuergerechtigkeit

Weidenweg 37, 10249 Berlin  
-----

Wenn Sie für den Newsletter angemeldet sind, erhalten Sie einmal im Monat eine Mail von uns. Wenn Sie nicht angemeldet sind, erhalten Sie nur ausgewählte Emails.

[Hier können Sie sich in beiden Fällen abmelden](#)

